

Hinze, Jörg; Wohlers, Eckhardt

Article — Published Version

Konjunktur im Banne der Finanzpolitik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hinze, Jörg; Wohlers, Eckhardt (2002) : Konjunktur im Banne der Finanzpolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 82, Iss. 12, pp. 749-754

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/41327>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Jörg Hinze, Eckhardt Wohlers

Konjunktur im Banne der Finanzpolitik

Die Konjunktur in Deutschland kommt nicht in Schwung; auch in der zweiten Jahreshälfte expandierte das reale Bruttoinlandsprodukt nur sehr verhalten. Was sind die Gründe dafür? Welchen Einfluss hat die Finanzpolitik? Wie sind die Aussichten für das nächste Jahr?

Das Jahr 2002 war in Deutschland durch eine anhaltende Konjunkturlaute geprägt. Zwar begann es durchaus verheißungsvoll: Das Geschäftsklima hellte sich Anfang des Jahres deutlich auf, und die gesamtwirtschaftliche Produktion, die in der zweiten Hälfte des Jahres 2001 rückläufig gewesen war, zog wieder an. Ein Aufschwung bildete sich gleichwohl nicht heraus. Das reale Bruttoinlandsprodukt expandierte das ganze Jahr über sehr verhalten, so dass sich die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung weiter verringerte. Vor diesem Hintergrund verschlechterte sich die Lage am Arbeitsmarkt spürbar; die Zahl der Arbeitslosen erhöhte sich auf über 4 Millionen und erreichte damit wieder den Stand von Herbst 1998.

Unsicherheit belastet Konjunktur

Das Ausbleiben des für die zweite Jahreshälfte 2002 erwarteten Aufschwungs ist auf das Zusammenwirken mehrerer Faktoren zurückzuführen, die teilweise bereits zu Jahresbeginn als Risiken genannt worden waren¹. Ein wichtiger Grund war der neuerliche Kursverfall an den internationalen Aktienmärkten im Sommerhalbjahr, der auch Zweifel an der Nachhaltigkeit der Erholung in den USA widerspiegelte. Hinzu kamen die Aufwertung des Euro, die Furcht vor einer Beeinträchtigung des Exports aufkommen ließ, sowie die Verschärfung des Irak-Konflikts und der damit einhergehende Anstieg des Ölpreises, die Verbraucher und Unternehmen zusätzlich verunsicherten. All das führte dazu, dass sich die Geschäftserwartungen und damit auch das Geschäftsklima nach der Jahresmitte merklich eintrübten (vgl. Schaubild 1). Zwar hat sich der Irak-Konflikt inzwischen durch das Zulassen von Waffeninspektionen zuletzt wieder etwas entspannt, und der Ölpreis hat leicht nachgegeben. Dies wurde

aber überlagert durch das Hick-Hack nach der Bundestagswahl über die desolote Lage der Staatsfinanzen und über die zum Stopfen der Haushaltslöcher vorgesehenen Abgabenerhöhungen, das Verbraucher und Unternehmen verärgerte und verunsicherte.

Die Turbulenzen an den internationalen Finanzmärkten und der Irak-Konflikt belasteten die wirtschaftliche Entwicklung in den Industrieländern spürbar und führten dazu, dass die Weltkonjunktur nach zunächst zügiger Erholung im Laufe des Jahres wieder an Fahrt verlor. Die Ausfuhr war gleichwohl bis in den Herbst hinein deutlich aufwärtsgerichtet; insbesondere die Lieferungen in die EU-Länder wie auch in die mitteleuropäischen Reformländer expandierten spürbar. Da die Einfuhr wegen der schwachen Binnennachfrage weniger ausgeweitet wurde als die Ausfuhr, erhöhte sich der Überschuss in der Handelsbilanz trotz leichter Verschlechterung der Terms of Trade im Jahresverlauf beträchtlich. Die Leistungsbilanz weist deshalb in diesem Jahr erstmals seit der Vereinigung mit reichlich 40 Mrd. Euro wieder einen deutlichen Überschuss auf.

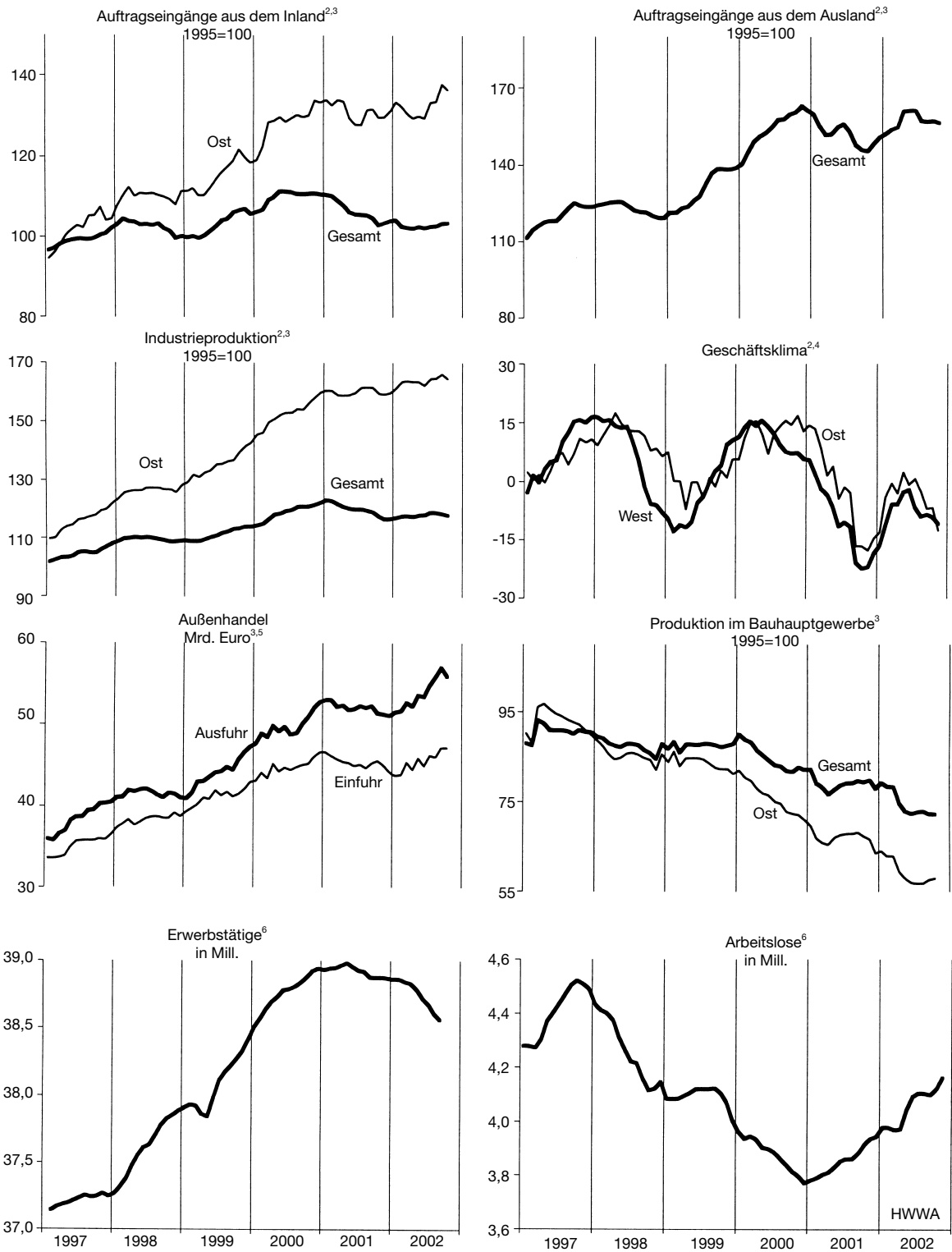
Anhaltend schwache Binnennachfrage

Alles in allem erwies sich die Ausfuhr somit auch in diesem Jahr als Konjunkturstütze. Insofern ist die Ansicht, die verhaltene Konjunktur in Deutschland sei Folge der weltwirtschaftlichen Entwicklung, allenfalls bedingt richtig. Sie trifft nur insoweit zu, als externe Einflüsse wie die Turbulenzen an den Finanzmärkten, das Stocken der weltwirtschaftlichen Erholung und der Irak-Konflikt auch in Deutschland das wirtschaftliche Klima belastet und Unternehmen wie Verbraucher zu zurückhaltenderen Dispositionen veranlasst haben. Die daraus resultierenden dämpfenden Einflüsse stießen aber auf eine bereits seit geraumer Zeit zur Schwäche tendierende Binnennachfrage; seit Jahren entfaltet sie nur geringe Eigendynamik. Das ist zum Teil bedingt durch die, auch mit dem Bauboom nach der Wiedervereinigung in Zusammenhang stehenden,

Dr. Eckhardt Wohlers, 59, ist Leiter der Abteilung „Internationale Makroökonomie“ im Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA); Jörg Hinze, 50, Dipl.-Volkswirt, ist dort wissenschaftlicher Mitarbeiter.

¹ Vgl. Günter Weinert et al.: Vor der Erholung, HWWA-Report Nr. 215, S. 54 ff.

Schaubild 1
Indikatoren zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland¹



¹ Saisonbereinigte Werte, Saisonbereinigung nach Census X-12-Arima. ² Verarbeitendes Gewerbe. ³ Dreimonatsdurchschnitte. ⁴ Salden der positiven und negativen Firmenmeldungen. ⁵ Preis- und saisonbereinigt zu Preisen von 2000. ⁶ Inländerkonzept.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; Deutsche Bundesbank; Statistisches Bundesamt; ifo Institut; eigene Berechnungen.

Anpassungsprozesse im Baugewerbe. Sie führten dazu, dass die Entwicklung der Bauinvestitionen seit Mitte der neunziger Jahre in Deutschland deutlich ungünstiger ist als in den meisten anderen europäischen Ländern.

Aber auch bei anderen Nachfrageaggregaten zeigen sich Schwächen. Dies gilt insbesondere für den privaten Verbrauch. Nach einem kurzen Zwischenhoch in den Jahren 1999 und 2000 ging er nach der Jahresmitte 2001 zurück. Zwar begann sich die Stimmung der Verbraucher nach dem Abklingen des Schocks durch die Terroranschläge vom 11. September 2001 nach der Jahreswende wieder zu bessern. Die mit dem Aktienkursverfall verbundenen Vermögensverluste, die zunehmend ungünstigere Lage am Arbeitsmarkt, die Diskussion um die Verschiebung der für Anfang 2003 vorgesehenen Steuerentlastung und nach der Wahl das Hick-Hack um immer neue Abgabenerhöhungen führten jedoch in der zweiten Hälfte dieses Jahres zu einer neuerlichen Stimmungseintrübung und Kaufzurückhaltung. Die leichte Belebung in der zweiten Jahreshälfte ist überwiegend auf die Beseitigung von Flutschäden zurückzuführen. Insgesamt ist der private Verbrauch im Jahre 2002 leicht gesunken.

Die Ausrüstungsinvestitionen sind seit Mitte 2000 rückläufig; seither sind sie um reichlich 15% gesunken. Im Laufe dieses Jahres hat sich der Rückgang allerdings verlangsamt. Die Inlandsaufträge bei den Investitionsgüterproduzenten waren in den Sommermonaten sogar leicht gestiegen, doch dürfte sich die sich darin andeutende Festigung der Investitionsneigung angesichts des wirtschaftspolitischen Hin und Her in letzter Zeit kaum fortgesetzt haben. Insgesamt dürften die Ausrüstungsinvestitionen im Jahre 2002 das Vorjahrsergebnis noch einmal um rund 9% unterschritten haben.

Angesichts der anhaltend schwachen Binnennachfrage nahm das reale Bruttoinlandsprodukt auch in der zweiten Jahreshälfte nur wenig zu; insgesamt dürfte es im Jahre 2002 lediglich um 0,2% gestiegen sein (vgl. Schaubild 2). Als Folge der anhaltenden Konjunkturlaute hat sich die Lage am Arbeitsmarkt deutlich verschlechtert. Die Zahl der Erwerbstätigen ist in der zweiten Jahreshälfte sogar beschleunigt zurückgegangen. Die Zahl der Arbeitslosen ist das ganze Jahr über saisonbereinigt gestiegen; insgesamt war sie im Jahre 2002 mit 4,06 Millionen um rund 200 000 höher als ein Jahr zuvor.

Der Preisauftrieb, der sich Anfang des Jahres im Zusammenhang mit Verbrauchsteuererhöhungen, wirt-

terungsbedingten Angebotsausfällen bei Nahrungsmitteln und der Bargeldeinführung des Euro spürbar beschleunigt hatte, verlangsamte sich danach wieder. Bei konjunkturbedingt hoher Wettbewerbsintensität blieb das Preisklima trotz des neuerlichen Ölpreisanstiegs auch in der zweiten Jahreshälfte ruhig; gemessen an der HWWA-Kernrate² betrug der Preisanstieg in Deutschland in den vergangenen Monaten lediglich ½ %. Insgesamt erhöhten sich die Verbraucherpreise im Jahre 2002 um 1,3%. Die Inflationsrate war damit in Deutschland deutlich niedriger als im Euroraum.

2003: Hoffen auf die Weltwirtschaft

Die Hoffnungen auf eine Besserung der konjunkturellen Lage in Deutschland im kommenden Jahr beruhen nicht zuletzt darauf, dass sich die Weltkonjunktur erholt. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass die Situation im Nahen Osten sich nicht drastisch verschärft, und dass es nicht nochmals zu einem Kursrutsch an den Aktienmärkten kommt. Mit der Annahme der jüngsten UN-Resolution durch den Irak und der Zulassung von Waffeninspektionen hat sich der Irak-Konflikt zwar leicht entspannt. Die Lage ist aber weiterhin sehr labil. Für die Prognose ist unterstellt, dass es zwar nicht zu einem Krieg gegen den Irak kommt, dass der Konflikt aber noch einige Zeit schwelen und von dieser Seite her die Unsicherheit hoch bleiben wird. Eine allmähliche Entspannung wird erst für das Frühjahr 2003 erwartet. Der Ölpreis wird unter diesen Umständen im Winterhalbjahr 2002/3 sehr volatil bleiben; im späteren Jahresverlauf 2003 wird er sich bei etwa 25US-\$/Barrel einpendeln.

Die Aktienkurse scheinen sich nach dem kräftigen Kursrutsch im Sommerhalbjahr in den letzten Monaten wieder gefangen zu haben. Hier ist unterstellt, dass sie sich etwa auf dem jetzigen Niveau halten und mit der Verbesserung der Konjunkturperspektiven im späteren Jahresverlauf 2003 tendenziell festigen werden. Zwar wird der Kursverfall der letzten Jahre noch einige Zeit nachwirken; insbesondere wird sich die Bewältigung der Vermögensverluste durch Haushalte und Unternehmen noch hinziehen. Die Unsicherheit von dieser Seite her würde aber nachlassen.

² HWWA-Kernrate: Berechnet aus geglätteten Indizes (gleitende 3-Monats-Durchschnitte für den Gesamtindex ohne Heizöl und Kraftstoffe sowie ohne Saisonwaren und 24-Monats-Durchschnitte für den Index für Heizöl und Kraftstoffe sowie für Saisonwaren); desweiteren sind Preiseffekte von Änderungen indirekter Steuern herausgerechnet. Zur HWWA-Kernrate vgl. Jörg H i n z e: Inflationsrate überzeichnet Preistendenz, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 80. Jg. (2000), H. 7, S. 438 f.

³ Eine ausführliche Analyse und Prognose der weltwirtschaftlichen Entwicklung folgt in der nächsten Ausgabe des WIRTSCHAFTSDIENST im Januar 2003.

Erweisen sich diese Annahmen als zutreffend, wird die Weltwirtschaft, ausgehend von den USA, im Laufe des nächsten Jahres allmählich an Fahrt gewinnen³. Gleichzeitig dürften die von der diesjährigen Aufwertung des Euro ausgehenden dämpfenden Effekte auf die Ausfuhr nachlassen. Eine weitere reale Aufwertung des Euro ist nicht unterstellt. Unter diesen Bedingungen sind im Laufe des Jahres 2003 von der Außenwirtschaft verstärkt Impulse für die deutsche Konjunktur zu erwarten.

Expansive Geldpolitik

Die Geldpolitik fährt im Euroraum seit Ende 2001 einen expansiven Kurs. Die damit verbundenen Anregungen wurden aber von den retardierenden Einflüssen des Aktienkursverfalls und des Irak-Konflikts überlagert, so dass sie bisher nur wenig zum Tragen kamen. Anfang Dezember 2002 hat die Europäische Zentralbank (EZB) die Leitzinsen nochmals um einen halben Prozentpunkt zurückgenommen; der Hauptrefinanzierungssatz liegt nunmehr bei 2,75%. Angesichts der nochmals ungünstigeren Konjunkturperspektiven für den Euroraum ist der Schritt der EZB verständlich. Die beiden Säulen, die die Grundlage der geldpolitischen Strategie bilden, legten ihn allerdings nicht unbedingt nahe. Denn einerseits überschreitet die Geldmengenexpansion weiterhin deutlich den Referenzwert, der in der letzten Sitzung des EZB-Rates für 2003 bei 4½% belassen wurde. Zum anderen bewegt sich die Inflationsrate im Euroraum immer noch leicht oberhalb der Grenze von 2%, die von der EZB gerade noch als stabilitätskonform angesehen wird, und im Jahre 2003 wird sie den Preisprognosen zufolge nur wenig darunter liegen.

Die stimulierenden Effekte der Leitzinssenkung werden wegen der bei geldpolitischen Maßnahmen üblichen Wirkungsverzögerungen erst in der zweiten Jahreshälfte 2003 voll zum Tragen kommen. Wie stark die Konjunktur dadurch letztlich angeregt wird, ist derzeit nur schwer abzuschätzen. Denn es ist nach den Erfahrungen dieses Jahres nicht auszuschließen, dass gegenwärtig die Transmission geldpolitischer Impulse insbesondere in Deutschland durch strukturelle Probleme im Finanzsektor behindert und die expansive Geldpolitik in ihrer Wirkung beeinträchtigt wird⁴.

Finanzpolitik kontraproduktiv

Die öffentlichen Haushalte sind in diesem Jahr in schwieriges Fahrwasser geraten. Aufgrund der anhaltend schwachen Konjunktur, aber auch wegen unzureichender Konsolidierungsanstrengungen in den

Annahmen für die Prognose

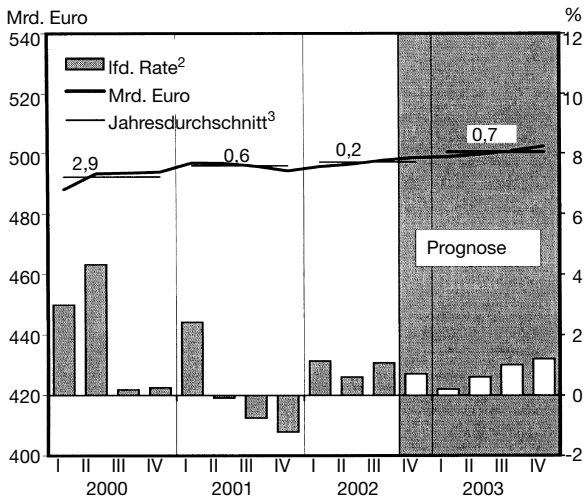
Die Prognose geht von folgenden Annahmen aus:

- Der Irak-Konflikt schwelt zwar weiter, eskaliert aber nicht zu einem Krieg. Im Frühjahr kommt es zu einer Entspannung.
- Die Ölversorgung wird nicht gestört. Der Ölpreis bewegt sich 2003 etwa im mittleren Bereich der von der OPEC gesetzten Preisspanne von 22 bis 28 \$/Barrel.
- Die Weltwirtschaft erholt sich im Laufe des Jahres 2003. Der Welthandel zieht wieder an; im Jahresdurchschnitt 2003 steigt er in einer Größenordnung von 5%.
- Der Außenwert des Euro verändert sich im Prognosezeitraum real nicht. Gegenüber dem US-Dollar schwankt der Kurs um die Parität.
- Die Europäische Zentralbank hält die Leitzinsen auf dem Niveau von Anfang Dezember 2002. Mit der Festigung der Konjunktur im Euroraum wird sie die geldpolitischen Zügel im Laufe der zweiten Jahreshälfte 2003 leicht anziehen.
- Die tariflichen Stundenlöhne steigen im Jahr 2003 mit durchschnittlich knapp 3% in ähnlichem Maße wie 2002. Im öffentlichen Dienst fällt der Anstieg schwächer aus als in der Privatwirtschaft.
- Die Finanzpolitik wirkt 2003 deutlich restriktiv. Zur Begrenzung des Haushaltsdefizits werden etwa in dem von der Regierung vorgesehenen Ausmaß Steuern und Abgaben erhöht und Ausgaben gekürzt. Trotz der vorgesehenen Maßnahmen im Gesundheitswesen steigen die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung. Die Regierung beginnt mit der Umsetzung des Hartz-Konzeptes.

vergangenen Jahren, hat sich das gesamtstaatliche Defizit im Jahre 2002 drastisch erhöht. Mit 3,8% des Bruttoinlandsprodukts überschreitet es die im Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt festgelegte Obergrenze von 3% beträchtlich, so dass von Seiten der EU ein Verfahren wegen eines übermäßigen Defi-

⁴ Vgl. dazu auch: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2002, Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V., Hamburg: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, DIW Berlin; Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA); ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München; Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel; Institut für Wirtschaftsforschung Halle; Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen; HWWA-Report Nr. 221, S. 77 f.

Schaubild 2
Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
 (Saison- und arbeitstäglich bereinigt¹)



¹ Mit Census-Verfahren X-12-Arima. ² Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal, auf Jahresrate hochgerechnet, rechte Skala. ³ Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; ab 4. Quartal 2002: HWWA-Prognose.

zits eingeleitet wurde. In den Koalitionsverhandlungen wurde deshalb ein Maßnahmenpaket vereinbart, mit dem das Haushaltsdefizit 2003 unter 3% gedrückt werden soll. Die Bundesregierung setzt dabei mehr auf Abgabenerhoigungen als auf Ausgabenbegrenzung. So sollen die Beitragsstatze zur Rentenversicherung und die Beitragsbemessungsgrenze erhöhet, die koststeuer ausgeweitet und angehoben und „Steuervergünstigungen“ reduziert werden. Überdies werden die Beitragsstatze in der gesetzlichen Krankenversicherung trotz der geplanten Sofortmaßnahmen im kommenden Jahr spürbar steigen.

Von den vorgesehenen Maßnahmen werden merkliche restriktive Einflüsse ausgehen. Deshalb die Konsolidierung auszusetzen und die im Maastricht-Vertrag festgelegte Defizit-Obergrenze für obsolet zu erklären, wäre allerdings der falsche Weg. Damit würde noch mehr Vertrauen verspielt und eine Kraftprobe innerhalb der EU mit den Ländern heraufbeschworen, die beim Defizitabbau ihre Hausaufgaben gemacht haben. Zudem wäre ohne Druck von außen in Deutschland die Bereitschaft zur Inangriffnahme notwendiger Reformen wohl noch geringer. Besser wäre es, zu versuchen, durch ein überzeugendes mittelfristiges Konsolidierungskonzept Vertrauen zurückzugewinnen und damit den mit der Konsolidierung verbundenen dämpfenden Einflüssen entgegenzuwirken. Die „Sparbeschlusse“ der Bundesregierung und die Art und Weise, wie sie zustande gekommen sind, wirken aber eher in

die entgegengesetzte Richtung. Sie stellen in erster Linie ein kurzfristiges Notprogramm dar und sind nicht dazu angetan, die Wachstumskräfte zu stärken.

Beim Abbau der Arbeitslosigkeit setzt die Regierung vor allem auf das Hartz-Konzept, das bereits im kommenden Jahr in großen Teilen umgesetzt werden soll. Die Vorschläge der Hartz-Kommission zielen aber in erster Linie auf eine Erhöhung der Effizienz der Arbeitsvermittlung. An den Kernproblemen des deutschen Arbeitsmarktes – neben einem zu geringen Wachstum eine zu hohe Regulierungsdichte und eine zu geringe Lohnspreizung – gehen sie vorbei⁵. Insofern erscheint die Vorstellung der Kommission, durch die Umsetzung ihrer Vorschläge binnen drei Jahren die Zahl der Arbeitslosen um zwei Millionen zu reduzieren, illusorisch. Dies gilt um so mehr, als im Gesetzgebungsverfahren wichtige Vorschläge verwässert zu werden drohen⁶. In der Prognose wird davon ausgegangen, dass durch die beschlossenen Maßnahmen die Zahl der Arbeitslosen im kommenden Jahr lediglich um maximal 50 000 reduziert wird.

Beschleunigter Lohnanstieg

Die diesjährig Tarifrunde brachte eine Verstärkung des Lohnanstiegs. Im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt dürften die Löhne in diesem Jahr um knapp 3% steigen, nach rund 2% im Jahre 2001. Die Abkehr vom Kurs der moderaten Lohnpolitik bedeutete eine zusätzliche Belastung des Arbeitsmarktes; die deutliche Beschleunigung des Rückgangs der Beschäftigung in der zweiten Jahreshälfte 2002 ist sicherlich auch eine Reaktion auf den verstärkten Anstieg der Arbeitskosten.

Für das Jahr 2003 ist nach den bisher vorliegenden Tarifabschlüssen ein Lohnanstieg in ähnlicher Größenordnung zu erwarten wie 2002. Die Arbeitskosten werden sich wegen der Beitragsanhebungen in der Renten- und Krankenversicherung sogar noch deutlich stärker erhöhen. Dies dürfte dazu beitragen, dass auch im kommenden Jahr die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen gedämpft bleibt.

Konjunktur auch 2003 ohne große Dynamik

Unter den genannten Bedingungen bleiben die Konjunkturperspektiven für das Jahr 2003 gedrückt.

⁵ Vgl. zum Hartz-Konzept: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2002, a.a.O., S. 88 ff.

⁶ So sollen Leiharbeiter nach den Vorschlägen der Regierung nach einer Einarbeitungszeit den Lohn erhalten, der den Beschäftigten in der Entleihfirma gezahlt wird. Die Hartz-Vorschläge liefen dagegen auf eine niedrigere Entlohnung hinaus. Zudem sah die Hartz-Kommission eine weitaus höhere steuerliche Absetzbarkeit der Aufwendungen für haushaltsnahe Dienstleistungen vor, als jetzt von der Regierung beschlossen.

Eckdaten der Prognose für Deutschland

(Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)

	1999	2000	2001	2002	2003
Bruttoinlandsprodukt ¹	2,0	2,9	0,6	0,2	0,7
Private Konsumausgaben	3,7	1,4	1,5	-0,5	0,8
Konsumausgaben des Staates	1,0	1,2	0,8	1,4	0,8
Anlageinvestitionen	4,1	2,5	-5,3	-6,3	-0,9
Ausrüstungen	7,2	9,5	-5,8	-9,1	-0,2
Bauten	1,4	-2,6	-6,0	-5,4	-2,1
Sonstige Anlagen	13,5	8,4	5,0	2,5	4,2
Inlandsnachfrage	2,8	1,8	-0,8	-1,3	0,9
Ausfuhr	5,6	13,7	5,0	2,2	4,3
Einfuhr	8,5	10,5	1,0	-2,0	5,2
Erwerbstätige	1,2	1,8	0,4	-0,6	-0,6
Arbeitslose (Mill. Personen)	4,10	3,89	3,85	4,06	4,20
Arbeitslosenquote ²	9,7	9,1	9,0	9,5	9,9
Verbraucherpreise ³	0,6	1,9	2,5	1,3	1,3
Finanzierungssaldo des Staates (in % des BIP)	-1,5	1,1 ^a	-2,8	-3,8	-3,2
Leistungsbilanzsaldo ⁴ (Mrd. €)	-17,9	-22,6	2,7	42	45

¹ In Preisen von 1995; ² Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept); ³ Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr; ⁴ In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik; ^a Einschließlich der Erlöse aus den UMTS-Lizenzen.

Quelle : Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; Bundesanstalt für Arbeit; 2002 und 2003: HWWA-Prognose.

Zwar sind von der Verbesserung des weltwirtschaftlichen Umfeldes spürbare Impulse für die deutsche Wirtschaft zu erwarten. Die Erholung der Weltkonjunktur stimuliert nicht nur den Export, sie wirkt sich über eine Verbesserung der Erwartungen auch positiv auf die Dispositionen von Unternehmen und Verbrauchern aus. Mit einer Entspannung im Irak-Konflikt und einer Stabilisierung der Aktienkurse dürften zudem auch in Deutschland die retardierenden Einflüsse von dieser Seite her nachlassen. Überdies wirkt die expansive Geldpolitik anregend. Dem stehen aber erhebliche dämpfende Einflüsse von der Finanzpolitik gegenüber, die zunächst das Bild prägen werden. Angesichts der vom Hin und Her der letzten Monate ausgelösten Frustrationen und der Unsicherheit über die künftige Belastung mit Steuern und Abgaben ist vorerst kaum zu erwarten, dass der Attentismus von Verbrauchern und Unternehmen nachlässt, so dass die Wintermonate trotz der Maßnahmen zur Beseitigung der Flutschäden weitgehend von Stagnation geprägt sein werden. Erst ab dem Frühjahr ist im Gefolge der anziehenden Weltkonjunktur auch in Deutschland mit einer allmählichen Belebung zu rechnen. Wegen der hemmenden Einflüsse von Seiten der Finanzpolitik wird die Erho-

lung aber nur schleppend vorankommen; die Kapazitätsauslastung wird bis in die zweite Jahreshälfte hinein noch zurückgehen. Gestützt wird die Entwicklung zunächst vor allem vom Export. Erst in der zweiten Hälfte des Jahres 2003 wird auch die Binnennachfrage etwas stärker expandieren.

Alles in allem wird das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahre 2003 um etwa 0,7% zunehmen; Deutschland wird damit im Euroraum weiterhin am Ende rangieren. Eine nennenswerte Besserung am Arbeitsmarkt ist unter diesen Umständen nicht zu erwarten. Zwar dürfte in der zweiten Jahreshälfte der Rückgang der Beschäftigung zum Ende kommen, und die Arbeitslosigkeit dürfte wieder sinken. Im Jahresdurchschnitt wird die Zahl der Arbeitslosen aber trotz beginnender Umsetzung des Hartz-Konzeptes höher sein als im Jahre 2002. Darüber hinaus läuft die Bundesregierung Gefahr, im Jahre 2003 erneut das Defizitkriterium nicht einzuhalten. Die bisher beschlossenen Maßnahmen, die allerdings noch den Bundesrat passieren müssen, würden das Budgetdefizit zwar sinken lassen, wegen des nur geringen Wachstums dürfte es aber 2003 die Grenze von 3% abermals überschreiten, wenn auch nur leicht. Die Konsolidierung der Staatsfinanzen bleibt also auf der Tagesordnung, zumal die bisher ergriffenen Maßnahmen nicht ausreichen, um das gesamtstaatliche Defizit bis zum Jahre 2006 „close to balance“ zu bringen.

Erhebliche Prognoserisiken

Die vorgelegte Prognose birgt erhebliche Risiken. Eine neuerliche Eskalation des Irak-Konfliktes oder eine kriegerische Auseinandersetzung größeren Ausmaßes hätten erhebliche Auswirkungen auf den Ölpreis und die internationalen Finanzmärkte sowie auf das Verhalten von Unternehmen und Verbrauchern. Die Erholung der Weltwirtschaft würde erneut ins Stocken geraten, und Deutschland liefe Gefahr, in eine Rezession abzurutschen. Ein weiteres Risiko bildet die Entwicklung an den Aktienmärkten. Ein neuerlicher Kursrutsch würde die Erholung der Weltwirtschaft hemmen und auch die Entwicklung in Deutschland belasten. Einen Risikofaktor bildet schließlich auch das hohe Leistungsbilanzdefizit der USA. Würde die Bereitschaft der internationalen Kapitalanleger schwinden, das Defizit zu finanzieren, wären erhebliche Turbulenzen an den Devisenmärkten wahrscheinlich, die die Erholung in der Welt und damit auch in Deutschland ebenfalls beeinträchtigen würden.